

Hätte der Autor nun mit Hilfe eines neuronalen Netzes die Minutenreichweiten von *ran* nach der Sendungsverlegung prognostizieren können? Wahrscheinlich schon! Da sein Verfahren eher auf einer Fortschreibung von mittleren Reichweiten zu bestimmten Uhrzeiten und bestimmten Tagen beruht, hätte unabhängig vom eigentlichen Programminhalt die Reichweite für Sat.1 am Samstagabend um 20.15 Uhr geschätzt werden können. Ohne sich von anderen Fakten (wie z. B. dem Genre Sport und Fußball) irritieren zu lassen, hätte das Modell wahrscheinlich gut eine durchschnittliche „Sommerferien-Reichweite“ geschätzt und wäre dem realen Ergebnis nahe gekommen. Umgekehrt könnte das Modell jedoch wahrscheinlich keine Voraussage für den alten Sendeplatz von *ran* treffen. Interessant wäre für Fernsehforscher und Programmplaner ein Prognose-Tool, das solche sich verändernden Bedingungen aufnehmen könnte. So zeigt der Vergleich der verschiedenen Verfahren durch Weber deutlich, dass sich Statistiker und Informatiker bei der Entwicklung und Programmierung von Prognose-Tools verstärkt auf neuronale Netze und die Problematik der Input-Variablen konzentrieren sollten. Empfehlenswert ist das Buch von Weber für statistikbegeisterte und statistikkompetente Fernsehwissenschaftler, die sich in die Detailfragen der einzelnen Verfahren einlassen möchten. Für die Medienwissenschaftler und Praktiker aus den TV-Sendern wie der Programmplanung stehen eindeutig zu sehr die mathematischen Verfahren und weniger die inhaltlichen Ergebnisse im Vordergrund.

Elizabeth Prommer



Jessica Eisermann:
Mediengewalt. Die gesellschaftliche Kontrolle von Gewaltdarstellungen im Fernsehen. Wiesbaden 2001: Westdeutscher Verlag. 49,00 DM (keine Euro-Angabe), 263 Seiten m. Tab.

Rundfunkregulation und Kontrolle der Mediengewalt

Die vorliegende Studie untersucht einerseits, wie das Problem der Mediengewalt in der Öffentlichkeit, größtenteils in ‚unterhaltenden‘ Nachrichten behandelt wird, wie es sich aus der Sicht der Medienwissenschaft darstellt und wie sich das Rechtssystem damit beschäftigt. Davon ausgehend untersucht die Autorin die Regulation des Problems der Mediengewalt und stellt dabei drei Institutionalisierungsformen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen: die FSK, die Landesmedienanstalten und die FSF. Diese Institutionen werden hinsichtlich ihrer Effektivität auf das angestrebte Ziel – die Kontrolle der Mediengewalt – sowie hinsichtlich ihrer legitimatorischen Bemühungen betrachtet. Die Autorin geht grundsätzlich davon aus, „dass insbesondere in der Problematisierung von Gewalt- und Sexdarstellungen die mit dem kommunikationstechnischen Wandel einhergehenden Ängste ihren symbolischen Ausdruck finden“ (S. 16). Ihrer Untersuchung legt die Autorin fünf Annahmen zugrunde:

- 1) Der Diskurs der Mediengewalt übernimmt gesamtgesellschaftlich eine norm- und ordnungsgenerierende Funktion, indem über moralische Standards öffentlich verhandelt wird.
- 2) Die Aufgabe, Gewalt in den Medien zu reduzieren, steht in der Tradition von Zensurinstanzen, und der Jugendmedienschutz ist die legitimierte Form der Zensur.
- 3) Bestimmte gesellschaftliche Akteure greifen das Thema Mediengewalt vor dem Hintergrund ideologischer und ökonomischer Eigeninteressen auf.

4) Die Regulation des Rundfunks wird als symbolische Politik begriffen.

5) Die Regulation der Mediengewalt ist eng mit Emotionen und Wertvorstellungen verknüpft (vgl. S. 19f.).

In ihrer Untersuchung der Darstellung des Problems in den Medien kann Eisermann zeigen, dass die Berichterstattung zur Stabilisierung von Normen beiträgt und sozial integrierend wirkt. Zudem werden „Grenzen darüber gezogen, verschoben und erneuert, was an Gewaltdarstellung und -ausübung moralisch zu billigen und zu missbilligen ist“ (S. 40). Für die Mediengewaltforschung stellt sie fest, dass sie trotz aller neueren Erkenntnisse daran festhält, dass es einen kausalen Zusammenhang von Gewaltdarstellungen und Gewaltwirkungen in der Gesellschaft gebe. Das geschieht offenbar, weil es schwer fällt, die Grundannahmen der Wirkungsforschung mit ihrem Reiz-Reaktions-Schema zu hinterfragen, „um den allgemeinen Theorieanspruch nicht zu gefährden“ (S. 61). Aber gerade dies alte Modell stellt im Rechtssystem die Grundlage vieler Bewertungen dar. „So kommt es, dass die Gesetze, die auf Grundlage eines ‚Wirkungsrisikos‘ beruhen, das in der Medienforschung seit Jahrzehnten überholte einfache Reiz-Reaktions-Schema der Medienwirkung aufrechterhalten und stabilisieren“ (S. 72). Auf diese Weise ergebe sich ein (fast) geschlossener Kreis des Jugendmedienschutzes, der auf falschen Annahmen beruhe und so kaum zu einer Lösung des Problems beitragen könne. Folgerichtig kommt die Autorin in ihrer Untersuchung der Institutionen des Jugendmedienschutzes

auch zu dem Schluss, dass diese weitgehend ineffektiv sind und sich vor allem durch legitimatorische Strategien auszeichnen. So kann sie z. B. zeigen, dass die Sitzungsprotokolle der Gemeinsamen Stelle Jugendschutz und Programm der Landesmedienanstalten „zunehmend vage und juristisch unzutreffende Formulierungen“ enthalten (S. 204). Zudem erfüllt die wissenschaftliche Auftragsforschung der Landesmedienanstalten nach Ansicht der Autorin nach außen eine reine Legitimationsfunktion. Über die FSF schreibt sie, dass es ihr aufgrund ihrer Anpassungsstrategie gelungen sei, sich in bereits existierende Verfahren des Jugendmedienschutzes einzubinden. Weiter heißt es: „Die organisationelle Struktur der FSF wird den formalen Anforderungen weitgehend gerecht: Die Verfahren sind transparent gehalten, die Prüfer sind unabhängig und qualifiziert, und die Entscheidungsmechanismen sowie der Finanzierungsmodus verhindern Einflussnahmen der Sender, die die Glaubwürdigkeit der Selbstkontrolle gefährden würden“ (S. 228). Generell stellt die Autorin für alle Institutionen fest, dass aufgrund der mangelnden Nachweisbarkeit eines kausalen Zusammenhangs zwischen Gewaltdarstellungen in den Medien und aggressivem Verhalten nun auch verstärkt emotionale Effekte in den Blick rücken. „Angst“ und „Bedrohung“ werden zu Maßstäben der Bewertung. Zusammenfassend schreibt die Autorin: „Die Wirkung von Gewalt in den Medien ist offenbar nicht im direkten Einfluss auf das Publikum zu sehen. Sie geht vielmehr von denjenigen aus, die negative Effekte von Gewaltdarstellungen auf andere zu

beobachten glauben oder diese erwarten. Dies ist für sie dann der Anlass, verstärkt Schutzmaßnahmen gegen Gewaltdarstellung zu fordern“ (S. 231). Weil Gewalt lediglich ein Symbol für soziale Konflikte sei, kommt Eisermann zu dem Schluss: „Das Problem der Mediengewalt ist nicht zu lösen. Die öffentliche Thematisierung der Gefahren von Sex und Gewalt in den Medien dient im Rahmen der symbolischen Verständigung der Gesellschaft dazu, soziale Ordnung herzustellen. In dem Diskurs werden normative Standards verhandelt, die zentrale Punkte des Normen- und Wertaushalts der Gesellschaft berühren: die Erziehung der Kinder, den Wert oder Unwert von Unterhaltung und das Gewalttabu. In dem Diskurs sind außerdem gesellschaftliche Ängste symbolisiert, die mit der Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch den zunehmenden Einfluss der Medien und des kommunikationstechnischen Wandels einhergehen. Da diese Veränderungen andauern, wird das Problem der Gewaltdarstellung in den Medien auch in Zukunft auf der medialen und politischen Agenda stehen. Die zahlreich getroffenen Regulationsmaßnahmen ändern daran nichts“ (S. 234). Das ist nach Auffassung der Autorin u. a. auch so, weil die Interessen der Zuschauer nicht berücksichtigt werden. Die Lösung, die vor allem in „Zensurmaßnahmen“, Sendeverbote und -beschränkungen oder Schnitzaufgaben gesehen werde, berge aber auch Gefahren, denn: „Zensur zielt auf den Kern der demokratischen Grundordnung, die Meinungs- und Informationsfreiheit“ (S. 235). Zur Lösung des Dilemmas schlägt die Autorin

auf „verfahrensspezifischer Ebene“ die Schaffung einer formalen Beschwerdeeingabe sowohl bei den Landesmedienanstalten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als auch bei der FSF vor. Zugleich müsse es eine kontinuierliche zuschauerorientierte Medienforschung sowie eine kontinuierliche Meinungsforschung, die Einschätzungen und Einstellungen der Zuschauer erhebt, geben, um so möglichst vielfältige Lebensformen bei der Regulation berücksichtigen zu können. Insgesamt zeigt die Arbeit von Eisermann mit ihrem kultur- und organisationsanalytischen Ansatz, dass die Diskussion über Mediengewalt eine Stellvertreterfunktion für ordnungspolitische Maßnahmen und Normen- und Wertediskurse hat. Dadurch gehen die Regulationsmaßnahmen weitgehend ins Leere und dienen lediglich der Legitimation der damit befassten Institutionen. Aus dieser spezifischen Perspektive mag man der Autorin vielleicht noch folgen, und sicherlich ist ihre Forderung nach kontinuierlicher Medienforschung aus der Sicht eines Medienforschers zu begrüßen, dass damit aber die gesamte „Jugendschutzindustrie“ in Frage gestellt ist, erscheint doch etwas überzogen. So hätte man sich eine zugespitztere Diskussion über die jeweiligen Rollen der verschiedenen Regulationsinstitutionen ebenso gewünscht wie eine intensive Diskussion der Werte und Normen, die beim Schutzgedanken eine Rolle spielen, vor allem auch hinsichtlich der Differenzierung zwischen Kindern und Jugendlichen. Auf Medienpädagogik als präventiven Jugendschutz geht sie nicht ein. Und ein Lösungsvorschlag fehlt:

dass die Beteiligten offen den Diskurs über Normen und Werte austragen, ohne den Jugendschutz als vermeintlichen Anlass und Grund vorzuschieben. Allein dann wäre schon viel gewonnen. Dennoch gibt das Buch von Eisermann zahlreiche Denkanstöße, die Selbstverständlichkeiten, die sich auch im Jugendschutz eingeschlichen haben, zu hinterfragen. Und wenn gerade über eine Stärkung der Selbstkontrolle und eine Reform der Landesmedienanstalten nachgedacht wird, dann ist ihre Anregung einer kontinuierlichen Medienforschung, die nicht nur auf schnelle Legitimation der Institutionen abzielt, es sicher wert, bedacht zu werden.

Lothar Mikos

Kurzu r z

**Hans-Jürgen Weiss/
Joachim Trebbe:**
*Fernsehen in Deutschland
1998–1999. Programmstrukturen,
Programminhalte, Programmentwicklungen.
Forschungsbericht im Auftrag der
Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten
(DLM). Berlin 2000: Vistas. 24,00 Euro,
352 Seiten m. Tab.*

Der kontinuierliche Programmbericht über die Entwicklung der Vollprogramme ARD, ZDF, RTL, RTL II, VOX, Sat. 1, ProSieben und Kabel 1 liefert aufschlussreiche Erkenntnisse über die Programmtendenzen im bundesdeutschen Fernsehen. So lässt sich z. B. für den Untersuchungszeitraum ein Rückgang von Informationsanteilen beobachten. Man darf auf den nächsten Bericht gespannt sein. Der Tabellenteil ist nur für Eingeweihte interessant. Hervorzuheben ist die methodische Reflexivität der Studie, in der eingehend auch die Probleme der Zuordnung von sogenannten Boulevardformaten zur informativen Publizistik diskutiert werden.

Andreas Dörner:
*Politische Kultur und
Medienunterhaltung. Zur
Inszenierung politischer
Identitäten in der
amerikanischen Film- und
Fernsehwelt. Konstanz 2000:
UVK. 34,77 Euro,
447 Seiten m. Abb.*

Die überaus materialreiche und interessante Studie von Dörner zeigt am Beispiel vor allem der amerikanischen Medienlandschaft, wie politische Themensetzung in den Medien auch mit dem Mittel der Unterhaltung passiert. Seine Beispiele sind populäre Hollywood-Filme und die Fernsehserie *Simpsons*. Eine anregende Studie, um das Verhältnis von Politik und Unterhaltung neu zu bestimmen.